

## Antrag Nr. 1

der Fraktion LINKS Wien  
an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 27. Mai 2025

### Rechtliche Maßnahmen gegen Mietwucher

#### Begründung

Verstöße gegen das Mietrechtsgesetz durch Vermieter\*innen werden derzeit weder mit Bußgeld, Strafe, geschweige denn strafrechtlich verfolgt. Nur in den seltensten Fällen kommt es selbst bei systematischen, überhöhten Mieten und Verstößen gegen das MRG zu Konsequenzen, welche für die Vermieter\*innen über eine einklagpflichtige Rückforderung der Miete hinaus gehen.

Die Kosten für Klagen und Verfahren werden dabei von den Mieter\*innen und der Allgemeinheit getragen. Diese Verstöße sollten nicht länger als Kavaliersdelikt behandelt werden, sondern sollten strafrechtlich verfolgt werden.

#### Beschluss

Die Arbeiterkammer Wien fordert das Justizministerium dazu auf, alle bereits vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten anzuwenden um natürliche, sowie rechtliche Personen, welche überhöhte Mieten verlangen, rigoros strafrechtlich zu verfolgen (z.B. § 155 StGB).

Des Weiteren, fordert die Arbeiterkammer Wien das Justizministerium dazu auf, rechtliche Klarheit (gegebenfalls durch Überarbeitung des MRG, sowie des StGB) zu schaffen, welche eine strafrechtliche Verfolgung von vorsätzlichen Verstößen gegen das Mietrechtsgesetz von Seite der Vermieter\*innen ermöglicht.

Angenommen ☐

Zuweisung ☒

Ablehnung ☐

Einstimmig ☐

Mehrheitlich ☒